Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 178. Donnerstag den 26. Juni 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die Herstellung von Granittrottoirs längs der Umfassungsmauer des neuen Johannisfriedhofes von der ehemaligen Verbindungsbahn bis zum Haupteingangsthor des Friedhofes soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Granittrottoirs am neuen Johannis-Friedhofe"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum 2. Juli laufenden Jahres Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 19. Juni 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Lieferung und Verlegung von Granitplatten und Schwellen in der Gerberstraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Trottoirs der Gerberstraße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum
8. Juli lfd. Jrs., Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.

Leipzig, am 24. Juni 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Herstellung von Fußwegen mit Granitplatten und dergleichen Schwellen in der Liebigstraße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Trottoirs in der Liebigstraße"
versehen ebendaselbst und zwar bis zum
9. Juli cr., Nachmittags 5 Uhr
einzureichen.

Leipzig, am 24. Juni 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Gesucht

der Kaufmann **Louis Baumgarten**, geboren am 18. August 1850 zu Bockau, welcher zur Fürsorge für seinen in Waisenpflege befindlichen Sohn Carl Gotthold Baumgarten anzuhalten ist.

Leipzig, den 23. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Hän.

Anzeige.

Die öffentlichen Prüfungen der Hebammen-Schülerinnen werden Freitag den 27. und Sonnabend den 28. Juni, jedesmal von 3 bis 5 Uhr im Hörsaale des Trier'schen Institutes, Grimmaischer Steinweg 12, abgehalten werden. Professor Dr. Credé.

Versteigerung.

Freitag, den 27. Juni 1884, 4 Uhr Nachmittags,
soll im Gasthaus zum **Magdeburger Hof, Eutritzscher Straße Nr. 3, hier,**
ein neuer **Möbeltransportwagen**
meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 23. Juni 1884.

Steinbeck, Gerichtsvollzieher.

Lange Straße Nr. 26

soll **Freitag, den 27. d. M.,** 10 Uhr Vormittags eine **Schnellpresse** von Albert & Co. versteigert werden.

Leipzig, den 23. Juni 1884.

Bielß, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Die deutsche Colonialpolitik.

Fürst Bismarck hat in der Montagssitzung der Budgetcommission seine Colonialpolitik klar und deutlich dargelegt. Er beabsichtigt nicht, von Reichswegen Colonien zu gründen, aber er wird jeder derartigen Privat-Unternehmung den Schutz des Reiches angedeihen lassen und in allen Fällen, in welchen Deutsche herrenloses Land in Besitz nehmen, Förderung gewähren. Die Dampfervorlage erscheint dem Fürsten untrennbar von dieser Colonialpolitik und die Ablehnung derselben würde ihn entmuthigen, auf dem betretenen Wege fortzufahren. Damit ist die deutsche Colonialpolitik so vollständig jedem Zweifel und jeder Mißdeutung entrückt, daß die Haltung des Centrumsführers und der Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei angesichts dieser Eröffnungen geradezu unbegreiflich erscheint. Blickert kann den Zusammenhang der Dampfervorlage mit der Colonialpolitik nicht würdigen und hält sich an die finanzielle Seite der Frage, Bamberger hat Angst vor einem Seekriege mit England oder Frankreich, dem unsere Marine noch nicht gewachsen sein würde, und Windthorst findet, daß durch die Besprechung der Colonialfrage die nebelhaften Vorstellungen darüber, die besonders in Süddeutschland beständen, ernüchtert werden würden. Was der Centrumsführer mit seiner Schlußerklärung sagen wollte, daß man nach dem Gang der Debatte gar nicht mehr auf dem Boden der Vorlage stehe und deshalb besser thun würde, sie dem nächsten Reichstage zu überweisen, ist vollends unverständlich und verblüffend. Der Kanzler ließ es an einer kräftigen Antwort auf diesen Winkelzug nicht fehlen. Er entnahm aus den Erklärungen Windthorst's, daß man es zu einer Verhandlung im Plenum nicht kommen lassen wolle, und bestand darauf, daß durch namentliche Abstimmung jeder Abgeordnete in die Lage versetzt werde, den Muth seiner Meinung zu beweisen.

Die ganze Debatte war ein erneutes beklagenswerthes Zeugniß dafür, wohin man mit der Verbreitung in ein bestimmtes Parteiprogramm kommt, ohne die thatsächlichen Verhältnisse zu berücksichtigen und das Wohl des Ganzen im Auge zu behalten. Von der Bewegung, welche heute durch ganz Deutschland geht zu Gunsten einer Ausbreitung und Uebertragung deutscher Cultur auf ferne Länder, bleiben die Herren vom Centrum und von der freisinnigen Partei vollständig unberührt. Sie halten sich an die concreten Finanzfragen und rechnen, wo es an jeder Unterlage für die Rechnung fehlt. Jedes höheren Gedankens bar, sehen sie den Wald vor Bäumen nicht und Bamberger sieht Deutschland schon im Geiste in einen Seekrieg mit den Meer beherrschenden Nationen verwickelt und tief gedemüthigt. Wenn doch solche Leute sich nicht mit Dingen befassen wollten, die weit über ihren Gesichtskreis hinausgehen, wenn doch der Reichsschuster bei seinen Leisten bleiben wollte. Die Sorge, wie wir uns aus kriegerischen Verwickelungen mit Ehren herauszuziehen, kann Herr Bamberger getrost dem Fürsten Bismarck überlassen, und was etwa später sich aus der deutschen Colonialpolitik ergeben könnte, gehört nicht in den Bereich der Budgetcommissionsberathung. Für jetzt genügt es, daß wir zu Lande über eine Macht verfügen, die jeder anderen Großmacht gewachsen, wo nicht überlegen ist. Fürst Bismarck machte diese Thatsache an einem Beispiele klar. Wir brauchten uns durchaus keine an die Colonien applicirten Nasenstüber gefallen zu lassen. Frankreich liege vor den Thoren von Metz, und wenn durch dasselbe deutschen Reichsangehörigen in seinen Ländern Unbill zugefügt würde, so würde das in der Gegend von Metz nicht ohne Rückwirkung bleiben. In Bezug auf England führte der Kanzler kein Beispiel an, aber es liegt auf der Hand, daß wir auch England gegenüber in der Lage sind, jede Unbill, welche diese Macht gegen deutsche Colonisten üben wollte, „gebührend zurückzuweisen. Deutschland ist in der Lage, Englands gesammte europäische Politik lahm zu legen, und wenn auch der Verfasser des Artikels in der „Fortnightly Review" großmüthig auf Englands Machtstellung in Europa Verzicht leistet, so würde die Ausführung dieses Verzichts doch mit Folgen für England verbunden sein, die ihm auch in Asien und Afrika nur allzu fühlbar werden würden. Auf den Bamberger'schen Seekrieg können wir es ruhig ankommen lassen, da bekanntlich nicht die ganze Flotte einer Macht an einem bestimmten Puncte des Meeres versammelt zu sein pflegt, und wie sich die Sache im Einzelkampf gestalten würde, können wir ruhig abwarten. Das englische Kriegsschiff, welches sich vor Kurzem nach Angra Pequena begeben hat, um dort eventuell „Ruhe zu stiften", würde sich gewiß nicht so ohne Weiteres mit einem deutschen Schiffe in einen Kampf eingelassen haben, wenn ihm ein solches auf seiner Inspectionsfahrt begegnet wäre, schon wegen der unberechenbaren Folgen, die ein solcher Angriff unfehlbar nach sich ziehen mußte. Herr Bamberger übersieht in seinem Eifer, die Dampfervorlage zu Falle zu bringen, daß Deutschland ja auch seefahrende Verbündete hat, die ihm im Kriegsfalle mit ihren Flotten zu Hülfe kommen würden. Doch das ist überhaupt ein Einwand, der kaum eine ernsthafte Abfertigung verdient.

Für die Gegenwart und die nächste Zukunft ist es von Wichtigkeit, daß England seine Ansprüche auf Angra Pequena aufgegeben hat, daß demnach die Lüderitz'schen Erwerbungen in Südafrika ohne Widerspruch Englands den Schutz des deutschen Reiches genießen. Die höhnische Bemerkung Eugen Richter's, daß es von England sehr klug gehandelt sei, uns das „sterile Sandloch" zu überlassen, zeigt nur, daß es dem Herrn Abgeordneten an jeglichem Verständniß für die Tragweite dieser Besitzerwerbung mangelt. Er hätte in dieser Beziehung etwas von den Abgeordneten des Transvaallandes lernen können, welche die deutsche Nachbarschaft mit heller Freude begrüßen, weil sie wissen, was der Schutz Deutschlands werth ist. Aus den Mittheilungen des Reichskanzlers haben wir auch zu unserer lebhaften Freude entnommen, daß ähnliche Bestrebungen wie die des Kaufmanns Lüderitz, von welchen jetzt zu sprechen noch nicht an der Zeit sei, im Gange befindlich sind und daß Deutschland entschlossen ist, die Bildung eines Freistaates am Congo zu unterstützen und dahin zu wirken, daß der Handel mit diesen Gebieten auch für Deutschland von allen Abgaben befreit bleibe. Es weht ein frischer Luftzug in Deutschland, welcher die Unternehmungslust, deutsches Wesen und deutsche Kraft auf ferne Länder zu verpflanzen, anregt. Wir bedürfen eines Abzugscanals für den Ueberschuß an Kraft und Menschenmaterial, damit wir im Lande selbst an Spielraum für eine gedeihliche Entwickelung gewinnen. Die sociale Frage verliert einen Theil ihrer Gefahr, wenn wir in die Lage kommen, unsere in der Heimath nicht verwerthbaren Arbeitskräfte an das Ausland abzugeben. Windthorst irrt, wenn er glaubt, daß diese Bewegung auf das stark bevölkerte Süddeutschland beschränkt ist, ganz abgesehen von der Thatsache, daß die dichteste Bevölkerung nicht in Süddeutschland, sondern in Mitteldeutschland anzutreffen ist, vor Allem in Sachsen. Aber die Europamüdigkeit hat auch in weniger dicht bevölkerten Theilen Deutschlands seit geraumer Zeit einen erschreckenden Umfang gewonnen, wie in Ostpreußen, wo ein großer Theil der Landbevölkerung dem Vaterlande den Rücken gewandt hat und nach Amerika ausgewandert ist. Warum soll die Dampfervorlage dem kommenden Reichstag aufgespart werden? Die Antwort darauf hat Herr Windthorst für sich behalten. Wir wollen sie ergänzen: Damit er inzwischen Gelegenheit erhält, den Kaufpreis für die Zustimmung des Centrums in dieser Frage festzustellen und einzuheimsen. Hoffentlich wird das Centrum in der Dampferfrage seinem Führer wieder den Gehorsam aufkündigen, wie das in einer Frage geschehen ist, in welcher wir auf der Seite Windthorst's standen, als es sich um die Entlassung der Redacteure von der Verantwortlichkeit wegen der Inserate von Actiengesellschaften handelte. Wenn bei einer namentlichen Abstimmung über die Dampfervorlage das Centrum und die Deutschfreisinnigen mit „Nein" stimmen, so wird ihnen dieses Votum aufs Kerbholz für die nächsten Reichstagswahlen gesetzt und da könnte denn doch die Wählerschaft dieser Parteien in die Brüche gehen.

Wir geben zur Ergänzung der vorstehenden Ausführungen noch einen Artikel der „Nationalliberalen Correspondenz" wieder, welche sich mit derselben Frage beschäftigt. Das genannte Parteiorgan schreibt:

Die Sitzung der Budgetcommission des Reichstags vom 23. ist den wichtigsten Ereignissen dieser Session zuzuzählen. Seit Jahren ist man über die Stellung unseres leitenden Staatsmanns zu den in Deutschland immer populärer werdenden Colonialbestrebungen im Unklaren gewesen; jetzt hat die Postdampfersubventionsvorlage dem Fürsten Bismarck Gelegenheit gegeben, diese Stellung deutlich zu bezeichnen. Sein Programm ist klar und voll. Keine künstliche Colonialgründung von Reichswegen, wohl aber Schutz des Reiches für die aus der privaten Initiative von Reichsangehörigen hervorgegangenen, so zu sagen wildgewachsenen Unternehmungen. Ausdrücklich hat der Kanzler dabei auf das Beispiel der Entstehung des ostindischen Reiches hingewiesen. Wie sehr er jeder staatlichen Unterstützung in dieser Richtung widerstrebt, erhellt am besten aus der dem Abg. Richter gegenüber gegebenen Versicherung, daß er die Reichscasse nicht mit einem Groschen für die Gründung von Colonien in Anspruch zu nehmen beabsichtige. Es ist bezeichnend, welche Wirkung diese unzweideutigen Erklärungen übten. Herr Windthorst meinte, daß sie dem „Colonialschwindel", wie er zur Zeit namentlich in Süddeutschland herrsche, eine heilsame Ernüchterung bereiten würden; Herr Hammacher erkannte in ihnen ein durchaus rationelles und billigenswerthes Programm; Herr Richter bestritt die Zweckmäßigkeit einer generellen Stellungnahme in der Colonialfrage und hielt die Entscheidung von Fall zu Fall für das allein Richtige; Herr Bamberger aber erging sich in einer scharfen, ja bissigen Kritik, deren praktischer Sinn, wie der Kanzler treffend bemerkte, allein darauf hinauslaufen konnte, daß dem deutschen Reiche jegliche Colonialpolitik grundsätzlich zu untersagen sei. Man kennt die Geringschätzung, mit welcher Herr Bamberger jede deutsche Colonisationsbestrebung im Voraus verurtheilt; daß er aber auch deutschen Ansiedelungen, die nun einmal gegen seine bessere Einsicht auf die dahin von einer civilisirten Macht nicht occupirten Gebiete aus eigener Kraft entstanden sind, den Schutz des Reiches nicht gewähren will, das ersahren wir erst jetzt. Und interessanter noch, als dieser Standpunct selbst, ist seine Begründung. Lediglich die Furcht vor Verwickelungen mit den feindseligeren Mächten bestimmte Herrn Bamberger. Wiederholt sprach er von „Nasenstübern", welche die deutschen Colonisten von Engländern oder Franzosen erhalten könnten, und er schien zu glauben, daß wir denselben gegenüber machtlos sein würden. So tief redete er sich in seine Sorge um die für die Ehre und die Ruhe Deutschlands gefährlichen Verlegenheiten hinein, daß er schließlich rund heraus der überseeischen Politik des Kanzlers ein Mißtrauensvotum ertheilte. Bitter, aber gerecht antwortete ihm der Kanzler mit dem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß diese Rede, die im Munde eines englischen Staatsmannes sich recht gut ausgenommen haben würde, nicht in öffentlicher Reichstagssitzung gehalten sei. In der That ist es ein trauriges Schauspiel, einen von nationaler Begeisterung einst so durchglühten Mann, wie Herr Bamberger, jetzt in kleinmüthig von der Machtstellung des deutschen Reiches denken zu sehen. Muß es nicht tief beschämend für ihn sein, von demselben Staatsmanne, dem auch er als dem verdientesten Gründer des deutschen Reiches einst zugejubelt, sich fragen zu lassen, ob er das Jahr 1870 ganz vergessen habe? sich aus seinen eigenen Reden Stellen vorlesen zu lassen, welche jenen krämerischen Kleinmuth auf's Schärfste verurtheilen? Ohne jeden Anflug von Rachsüchtigkeit, mit jener durch das Bewußtsein der eigenen Friedensliebe getragenen Ruhe und Offenheit hat Fürst Bismarck auseinandergesetzt, wie das Gewicht, welches dem deutschen Reiche in Europa beiwohne, den Werth, den seine Freundschaft für jede andere Macht habe, auch ohne gewaltige Flotte auszeichne, jene „Nasenstüber" zu verhüten und berechtigten deutschen Ansprüchen Berücksichtigung zu sichern. Und der Kanzler war ja in demselben Augenblicke in der Lage, mit dem Ausgange der Verhandlungen über die Angra Pequena-Frage einen concreten Beweis für die Richtigkeit seiner Auffassung beizubringen! Mit Freude wird man in den weitesten Kreisen die betreffende Mittheilung des Reichskanzlers begrüßen und nicht minder die Hindeutung auf einige andere noch nicht zur Veröffentlichung geeignete Fälle, in denen er ebenso zu handeln beabsichtige. Das Mißtrauensvotum des Herrn Bamberger wird — davon darf man überzeugt sein — selbst in der „freisinnigen" Partei nicht ungetheilten Beifall finden; die ungeheuere Mehrheit des deutschen Volkes wird auch in den jetzt an die Oeffentlichkeit gelangten colonial-politischen Grundsätzen nur einen neuen Ausdruck jener staatsmännischen Weisheit erblicken, welche der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck seit langen Jahren das allgemeinste und unbedingteste Vertrauen gewonnen hat. Der wiederholt aufs Lebhafteste geäußerte Wunsch des Kanzlers, durch die Plenarabstimmung über die Postdampfervorlage seinen colonial-politischen Standpunct noch in der gegenwärtigen Session einer klaren Entscheidung des Reichstags unterzogen zu sehen, wird durch den Widerstand des Centrums und der „Freisinnigen" vereitelt. (Das wollen wir nicht hoffen. D. Red.) Damit wird jedoch die diesen beiden Parteien höchst unbequeme Sache nicht begraben werden. Im Gegentheil, die Frage ist gestellt und das Farbebekennen wird keiner Partei erspart werden.

Leipzig, 26. Juni 1884.

* Eine am 22. d. M. in Dortmund stattgehabte, vom liberalen Wahlcomité einberufene Versammlung hat nach einem Vortrage des Landtagsabg. Schmieding einstimmig folgende Resolution angenommen: „Das liberale Wahlcomité für den Reichstagswahlkreis Dortmund bekennt seine Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der Heidelberger Erklärung vom 23. März d. J. Die Versammlung begrüßt in dieser Erklärung mit Genugthuung das Bestreben der liberalen Partei, sich den positiven Aufgaben des Staates auf dem Gebiete des wirthschaftlichen und socialen Lebens energisch wieder zuzuwenden. Vorbehaltlich sorgfältiger Prüfung der einzelnen gebotenen Maßnahmen hält sie eine Unterstützung des Reichskanzlers bei seinem eifrigen Eintreten für die Interessen der Landwirthschaft, des Handels und der Industrie auch durch den liberalen Theil der Volksvertretung für geboten. Insbesondere hält die Versammlung es für eine Pflicht der liberalen Partei, die Reichsregierung in ihren Bestrebungen für das Wohl der arbeitenden Classen durch Schaffung von Kranken-, Unfallversicherungs- und Altersversorgungs-Cassen zu unterstützen. Auch die Förderung der deutschen Colonialbestrebungen glaubt sie von einer nationalen Volksvertretung erwarten zu dürfen. Bei künftigen Reichstagswahlen soll die Aufstellung der Candidaten im Sinne vorstehender Resolution erfolgen."

* In Brandenburg erläßt eine Anzahl angesehener Bürger einen „Aufruf an die Nationalliberalen". Es heißt darin: „Lange Jahre schon hatten die hiesigen Nationalliberalen, um die liberale Sache nicht zu schädigen, alle Wahlangelegenheiten in die Hand der rührigen Fortschrittler gelegt, die es am besten verstanden, der conservativen Propaganda ein Paroli zu bieten. Wie schade, daß sie nicht auch verstanden, den Wünschen der Nationalliberalen Rechnung zu tragen! — „Allzu scharf macht schartig", — das Aufstellen von Candidaten der äußersten Linken hatte endlich die Folge, daß viele, viele liberale Wähler theils sich der Wahl enthielten, theils in das conservative Lager übergingen, was zu dem bekannten Resultate führte, daß unser Wahlkreis im Reichstage secessionistisch, im Landtage conservativ vertreten wurde." Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die Nationalliberalen, sich selbstständig zusammenzuschaaren, ein eigenes Wahlcomité zu gründen und einen Candidaten für die Reichstagswahlen aufzustellen, der das Heidelberg-Berliner Programm durchführen zu helfen bereit ist.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt zur Postdampfer-Subventions-Frage: „Die Debatte, welche gestern Abend in der Budgetcommission des Reichstages bei Berathung des Gesetzentwurfs über die Subventionirung neuer Dampferlinien stattfand, hat jedenfalls den Reiz der Neuheit. Insbesondere gilt dies von den Ausführungen, in welchen die „Freisinnigen" ihre Stellung zu den Colonialfragen darlegten. In allen Tonarten verwahrte Herr Bamberger die Colonialbestrebungen der Deutschen theils lächerlich zu machen, theils als gefährlich und friedesstörend hinzustellen. Seine ganze Rede trug die Signatur der Demuth, wenn nicht der Feigheit gegen das Ausland, und das Wort des Kanzlers aus dem Jahre 1868, daß die Furcht im deutschen Herzen kein Echo findet, trifft auf diese Fractionsbestrebungen nicht mehr zu. Es sind freilich auch 16 Jahre her. Bamberger schilderte in verschiedenen Farben alle von Deutschen bisher seiner Auffassung nach versuchten Colonialbestrebungen, deren Ende in der Regel der Bankerott und der Bratspieß wilder Menschenfresser für die Betheiligten gewesen sei. Hauptsächlich aber fürchtet Herr Bamberger, daß wir mit stärkeren Seemächten dadurch in Conflict gerathen, und er wünscht daher keine Schutzerweiterung für gewagte überseeische Unternehmungen. Der Reichskanzler erwiderte ihm, daß die natürliche Folge dieser Auffassung der Zukunft der Deutschen als Seefahrer die sei, daß man gegen jede Subvention unserer Dampferlinien stimme, und daß die Ablehnung der jetzigen Vorlage sich nur als die logische Consequenz der Bamberger'schen Auffassung des maritimen Berufs der Deutschen charakterisire, die danach ihren Ehrgeiz nicht höher spannen dürften als vor 50 Jahren, d. h. mit dem Hut in einer und einem guten Stück Geld in der anderen Hand demüthig ihre Wege unter Duldung anderer seefahrenden Nationen zu suchen hätten."

* Die morganatische Ehe des Großherzogs von Hessen scheint zu mancherlei Verwickelungen zu führen. Nachdem vor einigen Tagen schon das „Mainzer Tageblatt" gemeldet hatte, daß das Oberlandesgericht zu Darmstadt gewichtige Bedenken gegen die rechtliche Lösbarkeit jener Ehe auf Grund der bestehenden Gesetzgebung erhebe, läßt sich jetzt auch die „Germania" aus Mainz schreiben:

Wie es heißt, wurde das Oberlandesgericht in Darmstadt mit der rechtlichen Aufgabe betraut, den Großherzog zu scheiden, allein es soll sich dazu nicht in der Lage erklärt haben. In der That kennt die jetzige Gesetzgebung nur eine Scheidung aus bestimmten Gründen. Eine Scheidung, wie sie das französische Gesetz (in Mainz!) hat, mit gegenseitiger Einwilligung, giebt es nicht. Somit mußten Ehescheidungsgründe genannt den Beweisen den Oberlandesgericht, vorgelegt, von demselben geprüft und über deren Vorhandensein wie über deren juristischen Werth Entscheidung getroffen werden. Begreiflicher Weise ist das in einer nach allen Richtungen so heiligen Sache ungemein peinlich. Man spricht deshalb davon, daß die gesetzgebenden Factoren eingreifen sollten. Aber das würde auch von Complicationen begleitet sein, die sehr unangenehm wären. Jedenfalls würde dadurch eine Verschiebung des Landtagsschlusses angezeigt. Aufallend ist es jedenfalls, daß man den Schluß auf den 24. oder 25. Juni ansetzte, und heute, am 21., sind die Abgeordneten noch nicht einberufen. Man hat auch von einer Ernennung des Ministers von Starck gesprochen; derselbe soll an die Spitze des Rechnungshofes treten. Es müßten dazu mehrfache Beamtenernennungen stattfinden. Ich glaube nicht daran; soweit ich die Verhältnisse kenne, ist das mehr der Ausdruck verschiedener Wünsche als eine Thatsache.

Erwähnt zu werden verdient, daß die hessischen Nationalliberalen in ihrem kürzlich erschienenen Wahlaufrufe dem abgegangenen Minister ein Vertrauensvotum ertheilen.

* Der erwähnte Wahlaufruf der hessischen Fortschrittspartei (nationalliberalen Partei) hat folgenden Wortlaut:

Die Ergänzungswahlen zum 25. hessischen Landtage stehen nahe bevor. Der unerwartete Rücktritt des Staatsministers v. Starck, dessen verfassungsmäßige, gerechte und einsichtsvolle Führung der Staatsgeschäfte der verdienten Anerkennung bei uns sicher ist, hat nach der bekannten Gesinnung und der bestimmten in der Zweiten Kammer der Stände abgegebenen Erklärung seines Nachfolgers einen Systemwechsel nicht zur Folge. Wir dürfen als gewiß annehmen, daß die Staatsverwaltung in dem seitherigen, unsern Grundsätzen entsprechenden Sinne und Geiste, namentlich auf den wichtigen Gebieten des Volksschulwesens, der Selbstverwaltung und des Verhältnisses des Staates zur Kirche weiter geleitet werde. Auch auf den 24. Landtage haben unsere Parteigenossen nach besten Kräften für das Wohl des Vaterlandes zu wirken sich bemüht. So konnte durch vorsichtige Ausgleichung der Hauptvoranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates ohne Erhöhung der Steuern abgeschlossen werden. Wir berufen uns ferner auf die wichtigen Gesetze über die Nebenbahnen und die Parcellenvermessung, auf die Mitwirkung zur raschen Abhülfe gegen die unglücklichen Folgen der Rheinüberschwemmungen, auf die Beschlüsse wegen Errichtung einer Landescreditcasse, die Unterstützung der Verschuldung des Bauernstandes, ganz besonders aber auf die neuen Steuergesetze. Die in diesen nach jahrelangen Vorarbeiten endlich abgeschlossene Umgestaltung der directen Steuergesetzgebung durch Einführung der Capitalrentensteuer und wesentliche Verbesserungen des Einkommensteuer- und Gewerbesteuergesetzes werden eine gerechtere Vertheilung der Steuerlasten und namentlich die Erleichterung der Landwirthschaft und des Gewerbes zur Folge haben. Den kommenden Landtag erwarten ebenfalls große Aufgaben. Die nothwendige Umänderung der Gesetzgebung über die Gemeinde-Umlagen und die Waldberechtigung wird alsbald in Angriff zu nehmen sein. Die Verwaltungsgesetzgebung, welche an einer Reihe von Mängeln leidet, bedarf der Besserung. Die möglichste Beseitigung der Gefahren und Lasten, welche mit den Abwehrmaßregeln, namentlich auch in Folge von zum Theil verfehlten Viehsperrungen und Maßregeln verbunden sind, muß von dem Landtage auch fernerhin nachdrücklich gefordert werden. Die Hebung der Landwirthschaft wird ununterbrochen Gegenstand der eifrigen Fürsorge der Staatsverwaltung wie des Landtages sein müssen. Gesetze über Flurzusammenlegung, Ent- oder Bewässerung, sowie Verbesserung von Grundbüchern werden gewiß ohne den kommenden Landtag beschäftigen. Als wesentliche Aufgabe wird zu betrachten sein, Mittel und Wege zur möglichsten Entlastung der durch Gemeinde-Umlagen theilweise allzu schwer belasteten Grundsteuer zu finden und zu benutzen. Durch bereits unerfüllbare Versprechungen falsche Hoffnungen zu erregen, dazu kann sich unsere Partei nicht veranlaßt sehen. Unsere Partei steht in der freisinnigen Entwickelung des Staats- und Gemeindelebens im Sinne der Heranbildung zur möglichsten Selbstverwaltung, jetzt wie früher ein wichtiges Ziel ihrer Thätigkeit. Die große deutsche nationalliberale Partei, welcher auch wir angehören, hat in neuerer Zeit auf Grund der Heidelberger Erklärung vom 23. März d. J. und der weiteren bedeutsamen Parteikundgebungen einen begeisterten Aufschwung genommen, welcher auch durch unser engeres Vaterland geht. Treu zu Kaiser und Reich, selbstständig nach allen Seiten, unberührt von der Fluth unbegründeter Verdächtigungen, wird die hessische Fortschrittspartei als die Ver-